

Korrespondent.

Preis vierteljährlich 1 Mk., monatlich 35 Pf.
Der Korrespondent wird vierteljährlich an den Abonnenten zugestellt. Bei Bestellung im Voraus ist die Zahlung im Voraus zu leisten. Bei Nichtzahlung wird die Abnahme des Korrespondenten als abgelehnt angesehen. Die Abnahme kann jederzeit ohne Angabe von Gründen wieder rückgängig gemacht werden. Die Abnahme ist für den Abonnenten verbindlich, wenn er nicht innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach dem Erscheinen des Korrespondenten seine Abnahme erklärt. Die Abnahme ist für den Abonnenten verbindlich, wenn er nicht innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach dem Erscheinen des Korrespondenten seine Abnahme erklärt.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
3seitig. illustr. Unterhaltungsblatt
in neuest. Romanen und Novellen.
4seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnachrichten

Anzeigenpreis
20 Pf. für 10 Zeilen in 10 Tagen
30 Pf. für 10 Zeilen in 15 Tagen
40 Pf. für 10 Zeilen in 20 Tagen
50 Pf. für 10 Zeilen in 30 Tagen
60 Pf. für 10 Zeilen in 40 Tagen
70 Pf. für 10 Zeilen in 50 Tagen
80 Pf. für 10 Zeilen in 60 Tagen
90 Pf. für 10 Zeilen in 70 Tagen
100 Pf. für 10 Zeilen in 80 Tagen
110 Pf. für 10 Zeilen in 90 Tagen
120 Pf. für 10 Zeilen in 100 Tagen

Nr. 20

Freitag den 24. Januar 1913.

39. Jahrg.

Innere Kolonisation in Stadt und Staat.

Dem preußischen Landtag ist das Verzeichnis der in den Jahren 1912 und 1913 zur Neuverpachtung gelangten Domänen zugegangen, das im wesentlichen als ein Verzeichnis der verpachteten Gelegeteilen für innere Kolonisation bezeichnet werden kann. Duzende von kleinen Domänen werden wieder auf 18-24 Jahre in Großbetriebe verpachtet und damit für die Dauer des Pachtvertrages der Aufteilung zu Bauernland entzogen. Selbst Prof. Sering hat im Landesökonomik-Kollegium der Landwirtschaftsverwaltung unverblümt den Vorwurf gemacht, daß sie seit Jahrzehnten wohl mit schönen Worten für die innere Kolonisation eintrete, in der Praxis aber verjage. Er hat dort dargelegt, welche riesige Kulturarbeit Großbritannien darin in dem letzten Jahrzehnt in Irland mit einem Kostenaufwand von 2 Milliarden Mark geleistet hat; wie England die dortige Revolution rund 10 Millionen Hektar Land zu Bauernstellen aufgeteilt hat und in immer steigendem Maße damit fortfährt. Wie dagegen bei uns der Domänenbesitz und noch mehr die fiskalministerliche Bindung des Großgrundbesitzes ständig wächst!

Wie bisher in dieser Richtung verfahren wird, zeigt ein Beispiel aus dem Regierungsbezirk Straßburg, wo das Bauernlegen im 18. Jahrhundert am schmerzhaftesten betrieben worden ist, wo sich auch die Sittungen und Siedlungsformen, die die Wirtschaft (heute Unberührt) heute sind darüber im dortigen Regierungsbezirk noch über 72 Prozent der landwirtschaftlich bewirtschafteten Grundbesitz.

Der frühere konservative Bürgermeister Greifswalds wurde unter Milderndung durch den damaligen Regierungspräsidenten die Aufsicht der städtischen Behörden, die Aufteilung ihrer Güter eingeleitet, zu hintertreiben. Er hat sich dadurch nicht umgänglich gemacht, und unter seinem Nachfolger wird jetzt energisch mit der Parzellierung vorgegangen. Das 482 Hektar große Gut Grabow ist jetzt zur Aufteilung; dann soll die Stadtsiedlung, soweit sie nicht für die Erweiterung der Stadt in Betracht kommt, vorgenommen werden; aber freilich, sie ist nicht im Alleinbesitz der Stadt, eine komplizierte Fürbereinigung und der Erwerb der nichtstädtischen Parzellen muß vorausgehen. Inzwischen ist schon ein städtischer Kauf gemacht. Weitere städtische Güter werden folgen, sobald sie nachgereicht werden.

Die Stadt Greifswald tut aus eigener Initiative das, was die Staatsregierung als unerlässlich bezeichnet; sie treibt innere Kolonisation, wie steht es damit aber bei den staatlichen Verwaltungen?

Die größte Grundbesitzerin der Gegend ist die Universitäts-Greifswald; sie besitzt dort nicht weniger als 32 Güter; allein 22 derselben weisen eine Größe von 9500 Hektar auf, wovon 1180 Hektar auf Wald entfallen. Davon sind nur ein einziger Gutbesitzer, der selbst in dortiger Gegend 1450 Hektar Güter und zwar ohne nennenswerten Wald zu eigen besitzt, vier akademische Güter mit über 1600 Hektar verpachtet, so daß dieser eine Mann allein über 3000 Hektar bewirtschaftet. Dabei ist ihm, der zudem seinen Hof durch Ankaufen von Bauerngütern noch im letzten Jahre vermehrt hat, erst vor nicht langer Zeit ein bisher in anderen Händen befindliches akademisches Gut verpachtet worden.

Im Jahre 1916 werden drei der an diesen einen Pächter verpachteten Güter (Eldena, Labow und Stötenzagen) mit zusammen 1118 Hektar Fläche pachtfrei - Güter, die sich durchweg ganz vorzüglich zur Aufteilung eignen. Man kann gespannt sein, ob die Staatsverwaltung sich dabei wieder auf den Standpunkt rein platonischer Neigung für die innere Kolonisation stellen wird oder ob sie einmal ernst macht. Im Volk - und selbst im Landesökonomik-Kollegium! - ist man der Meinung, daß die Zeit des Stillsitzens vorüber sei und daß sich endlich einmal greifen werden müsse.

Schon im Jahre 1914 werden übrigens auch drei andere akademische Güter pachtfrei, von denen sich jedenfalls zwei sehr gut zur Aufteilung in Kleinbesitz eignen. - Diese Güter unterliegen nicht direkt dem Bandwirt-

schaftsminister, sondern dem Kultusminister. Aber namens des preussischen Gesamtministeriums hat der Ministerpräsident von Bethmann Hollweg eine großzügige innere Kolonisation als notwendige Aufgabe der inneren Politik erklärt.

Man wird ja bald sehen, ob das ernst sein sollte oder ein Cliché, wobei, „mit dem man einläßt, wen man es schreit, das Volk, den großen Klümmel“.

Wenn man in der Politik der verpachteten Gelegenheiten mit der Schaffung von Kleingrundbesitz im bisherigen Tempo fortfährt, so dürfte sich die Verwirklichung der konfessionslosen Prof. Sering erfüllen, daß die Möglichkeit zur inneren Kolonisation bald nicht mehr gegeben sein wird.

Wie wir hören, hat auch der bekannte Rittergutsbesitzer Wedder-Vartmannshagen die Aufteilung seines diegenannten, in Kreise Stimmen gelegenen Gutes in die Wege geleitet. Also Staatsverwaltung und liberaler Gutbesitzer gehen in der inneren Kolonisation voran. Bescheidene Anfrage: Wo bleibt der Staat?

Preußen gegen das Reich.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht die „Münch. Post-Nachr.“ eine Berliner Zeitschrift, in der mitgeteilt wird, daß das Reichswohnungs-gesetz an dem Widerspruch Preußens gescheitert sei. Dem Minister-Blatt wird geschrieben:

Der Reichstag hat im vorigen Jahrgang einstimmig dem Antrag seiner Kommission zugestimmt, der Reichsfinanzminister möge eine reichsrechtliche Regelung der Wohnungsfrage auf bestimmten Gebieten (Wohnungsinspektion, Wohnraumgüter, Erbbaurecht usw.) in Angriff nehmen und gleichzeitig bei den Bundesstaaten anregen, ihrerseits in der Wohnungsfrage vorzugehen. Jüngst gab ein Vertreter des Reichsanwalts des Innern in der Reichstagskommission auf eine Anfrage eine Auskunft, die klar erkennen ließ, daß in der Reichsregierung der erste Wille besteht, der Aufhebung des Reichsstaats, die von allen Parteien einstimmig erhoben worden ist, nachzukommen. Der Regierungsvorstand fügte allerdings noch hinzu, daß die Verhandlungen zwischen den Bundesstaaten noch fortbauerten. Man hat aber Preußen kein Wort eingelegt, und zwar dem Benehmen nach auf Veranlassung des Ministers des Innern von Dallwitz, der bekanntlich von „Kasselerbellern“ über den Ministerposten in Anhalt zum Chef der inneren Verwaltung in Preußen abberufen ist.

Durch Äußerungen des Staatsministers und Staatssekretärs Delbrück lang, wo benutzt das Münchener Blatt, erst jüngst bei einem anderen Anlaß eine Klage hindurch, daß die preussische Regierung manche Pläne und Wünsche der Reichsregierung (einheitliche Wahlen, D. Red.) zu hemmen oder zu vereiteln wisse. Der neuerliche Fall ist aber besonders bezeichnend: Der Reichstag will ein Reichswohnungs-gesetz, der Reichsfinanzminister beantragt das Reichsanwalts des Innern mit dieser Aufgabe, im preussischen Staatsministerium aber legt es der Minister des Innern gegen den Ministerpräsidenten v. Bethmann Hollweg und den Staatssekretär des Innern Delbrück durch, daß Preußen ein Veto einlegt.

In der Budgetkommission des Reichstages wurde am Dienstag die Frage der Wohnungszuweisung und eines Reichswohnungs-gesetzes verhandelt. Es handelt sich in der Hauptsache um den Kleingrundbesitz. Im Etat werden 4 Millionen als Darlehen des Reiches angefordert. Ein Antrag des Vba. W. u. M. will die Summe annehmen erhöhen, der Zentrumsvorstand, Jäger will es lieber bei 4 Millionen belassen, hat aber einen Betrag einstellen für die Bürgerschaft des Reiches für zweite Hypotheken, nach österreichischem Muster. Das Reich habe bis jetzt 40 Millionen Darlehen für Wohnungsbauten gegeben, ohne dabei nennenswerte Verluste zu erleiden. Die Sozialdemokratischen Fraktionen haben über 800 Millionen in Darlehen auf Bauten verwendet, ebenfalls ohne irgend einen nennenswerten Schaden. Erfahrungen seien also zur Genüge gesammelt und es handle sich nur um geringe Fonds für die Bürgerschaft; es genüge zunächst, 1000000 Mk. einzustellen, Ministerial-

direktor Dewald erklärte, daß die Reichsverwaltung bereits ähnliches erwogen. Der Staatssekretär des Innern habe dem Reichsanwaltsamt Geld für denartige Hypotheken mit langjähriger Frist angefordert. Es ergaben sich aber gewisse Schwierigkeiten, Summen in den Etat einzulegen. Die Vorauszahlung dürfte müssen dann ein neues Gesetz sein, worüber die Verhandlungen schweben. Vba. W. u. M. beantragte, wie im Jahre 1912 den Betrag zur Förderung des Kleingrundbesitzes auf fünf Millionen zu erhöhen. Die Sozialdemokraten unterstützten die Anregung Jägers. Einer ihrer Mitglieder fragte, was die Reichsregierung auf dem Gebiete der Wohnungs-gesetzgebung zu tun gedenke, nachdem in der Wohnungs-kommission des Reichstages im Dezember schon erklärt worden ist, daß entsprechende Verfügungen unmittelbar bevorstünden.

Darauf gab Staatssekretär Dr. Delbrück folgende Erklärung ab: Er bleibe auf seinem früheren Standpunkt, daß die Wohnungs-gesetzgebung den Bundesstaaten vorbehalten bleiben solle. Inzwischen hätten auf Anfrage des Reiches die Bundesstaaten in überwiegender Mehrheit erklärt, daß sie sich dem Entwurf der Reichs-gesetzgebung auf diesem Gebiete nicht widersetzen wollten. Er habe eingesehen, ob man wenigstens allgemeine Bestimmungen etwa der Wohnungsinspektion reichsrechtlich festlegen solle, und dann andere Teile dem Bundesrat überlassen könne. Aber bei dem Verzicht, eine solche Teilung der Gesetzgebungsmaterie vorzunehmen, seien nichts als Sentimentalitäten für das Reich übrig geblieben. Der Verzicht habe betrieblig. Nach alledem habe er es für aussichtslos, auf dem Gebiet der Wohnungsreform reichsrechtlich vorzugehen. Damit sei aber nicht gesagt, daß man für die Wohnungsreform überhaupt von Reichs wegen gar nichts tun könne. Sitzungsprotokolle für die Hypotheken in gewissen Grenzen, der Bauherren für den Bau von Kleingrundbesitz mit geringen Mitteln könne wohl in größerem Umfang geleistet werden. Es habe sich noch nicht die Möglichkeit feststellen lassen, wie das im einzelnen gelassen solle; er hoffe aber, bis zum Herbst die Grundlagen dafür vorlegen zu können.

Der politische Seite wurde die finanzielle Ausgestaltung des Fonds für Kleingrundbesitz im Sinne der Anregungen Jägers bekräftigt. Ein Zentrumsvorstand der Christlichen Arbeiter erklärte, er habe bereits in Frankfurt auf der Wohnungs-konferenz den Anregungen seines Fraktionsgenossen Dr. Jäger bekräftigt. Bedenken entgegenzusetzen. Es sei schon länger, im Rahmen einer Beratung die Aufhebung einer Baugesellschaft gemeinschaftlich durchzuführen. Die Sache ließe sich nicht ohne Kontrolle der Einzelstaaten durchführen, die dabei finanziell interessiert werden müßten. Man allerorten wäre es, die Verwaltungsanstalten könnten sich für die Kreditübertragung einlassen. Aber auch die Gemeinden müßten ihre Zustimmung tun. Das sei es nicht so sehr an Mitteln, sondern an Ehrlichkeit und gutem Willen. In Düsseldorf habe beispielsweise der neue Oberbürgermeister die Bürgerschaft für die Veräußerung der Landesverwaltungsanstalt durchgedrückt. Nachher habe man erkannt, daß man, wenn man einmal die Bürgerschaft übernehme, auch die Gebiete selbst gleich hergeben könne, um dadurch Einfluss auf die Verwaltung zu gewinnen. So habe die Stadt Düsseldorf 20 Millionen Mark aufgenommen, die Verwaltungsanstalt werde nur noch ein Drittel ihrer früheren Summe mit herzugeben brauchen, und es sei viel Vorbildliches geschaffen. Man sollte im Reichsanwaltsamt des Innern eine Konferenz mit sachverständigen Vertretern der Reichsfinanzminister anstellen, um ihre Ansichten über die Schaffung und die Ausgäbe eines Reduktionsfonds zu hören. Nebenfalls dürften die Gebiete nicht den Baugesellschaften allein zugute kommen. Ein Sozialdemokratisches Kommissionsmitglied erklärte, daß die Erfahrungen des Staatssekretärs traurige Ausgänge für die Reichswohnungs-gesetzgebung seien. Man sollte die Ausführung des Bundesstaats prüfen. Demgegenüber müsse doch überlegt werden, ob nicht durch ein Rahmengesetz noch in dieser Session eine Einwirkung auf die Bundesstaaten ausgeübt werden kann. Allerdings die Hoffnung, daß ein solches Rahmengesetz angenommen würde, sei nach den Darlegungen des Staatssekretärs geradezu illusorisch; man nicht auf der Verhandlungsmöglichkeit der Gemeinden bauen, sondern eben sehr sehr die Verhandlungsmöglichkeit der Bundesstaaten. Nahe bei Berlin ist eine Mutterherdung entstanden; aber, weil die meisten ihrer Verbinder Sozialdemokraten seien, wolgere man die Sorge von Geld aus Reichs-mitteln. Man wolle die den Baugesellschaften, so erklären und erklärte nachher, man könne kein Geld geben, weil keine Baugesellschaften dort unter den Ministern seien.

Darauf nahm Staatssekretär Dr. Delbrück noch einmal zu einer Erklärung des Vba. W. u. M.: Es habe ihm vorschläge vorgelegen, die Wohnungs-gesetzgebung auf Preußen oder ein oder anderen Bundesstaat abzugeben. Man wolle die den Baugesellschaften, so erklären und erklärte nachher, man könne kein Geld geben, weil keine Baugesellschaften dort unter den Ministern seien.

mehrere Kämpfe mit den Malakoffen und Miribiden in Mathia zu bestehen. Es fielen in diesen Gefechten 180 Tote. Von Trana und Kroja gingen sofort zwei Bataillone mit Gebirgsgeleichen gegen die Malakoffen vor, die sich ins Gebirge zurückzogen. Die beiden Bataillone liefen sich durch stehende Gesteine verstreut bis nach Nischki durchzuringen. Hier wurden sie noch von den vereinigten Miribiden überfallen und gänzlich aufgerieben. 600 Tote fielen im Kampfe, der Rest flüchtete mit Hinterlassung der Munition und aller Gebeide.

Die Grenz des Krieges.
Aus einem ihr zur Verfügung gestellten Privatbrief aus Saloniki veröffentlicht die Berliner „Post“ folgende Stellen: Der französische Militär der verregenen Grenze Males, die jungen Mädchen, die die Schande der Verewaligung erdulden müßten, dieseligen Orte verunreinigt und zerstört, bilden einen unauflösliehen Schandfleck für die zivilisierte Welt des 20. Jahrhunderts. In Debeagich haben die bulgarischen Soldaten und Kommandanten die ganze unheimliche Bevölkerung niedergemacht, Vorkämpfer und Wohnstätten ausgeplündert. In Kavalla sind die reichen Mohammedaner getötet worden, nachdem Befehl gegeben worden war; die Tobakhändler haben den Komitatstisch und die bulgarischen Soldaten nahezu eine Million Franken, um ihr Leben zu retten. Ebenso herrlichen Mord und Plünderung in Drama; Lagerstätte und Häuser der Mohammedaner wurden zuerst angezündet und dann verbrannt oder zu Asche verbrannt. Drei Tage und zwei Nächte dauerten das Gemetzel und die Plünderung. Auch die Stadt Serres wurde durch diese gewaltigen Morden der Plünderung und Brandstiftung unterworfen; 500 Mohammedaner wurden ermordet, Wohnungen und Lagerstätte angezündet. In Samunika und von 600 Mohammedanern nur 6 beim Tode entkamen; die Stadt ist in ein Schlachthaus verwandelt worden, die Vorräte wurden geraubt. Noch schlimmer liegen die Verhältnisse in den Dörfern und auf dem flachen Lande, wo die Bulgaren und Griechen gleich damit anfangen haben, die mohammedanischen Bauern abzuwandern und ihr Eigentum zu rauben; sie sind die Dörfer Amoujeh, Gelle, Kierouti und noch viele andere vollkommen niedergebrannt und die Einwohner ohne Unterscheid des Alters und des Geschlechtes niedergemetzelt worden; die Dörfer von Zagana und des Sandstades von Serres haben größtenteils daselbe Schicksal gehabt. Seit zwei Wochen haben die Mohammedaner einen neuen, nicht weniger verheerenden und schrecklichen Charakter angenommen: man hat die mohammedanischen Einwohner zum Übertritt zum Christentum gezwungen; die jungen Mädchen sind ohne Einwilligung der Eltern an junge christliche Männer verheiratet worden; und alle, welche sich dem Glaubenswechsel nicht fügen wollten, werden unerbarmlich gemartert und umgebracht.

Politische Übersicht

Ungarn. Die ungarische Regierung hat die Wahl der Abgeordneten für den Reichstag am 2. März im Reichstag zu beschließen. Die Partei der rechten Abgeordneten in der Wahlreform eines Sinnes sei und an der unerbittlichen Einigkeit der Partei festhalte. Ministerpräsident Tisza erklärte, es sei beabsichtigt, das konstitutionelle Wahlrecht mit radikalen Abänderungen zu versehen. Es sei unzulässig, durch einen Generalfreist eine Prellerei auf das Parlament ausüben zu wollen. Die Regierung werde gegen den Generalfreist die Gesetze mit ganzer Energie anwenden. Diese Erklärungen wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Russland. Das antichristliche Übereinkommen zwischen Russland und Japan über den gegenseitigen Schutz von Handels- und Industrie-Eigentum und das Übereinkommen über den gegenseitigen Schutz von Handels- und Industrie-Eigentum in China sind veröffentlicht worden.

England. Am Unterhause gab Premierminister Asquith am Dienstag das für den Rest der Sitzungperiode noch zu erledigende Besondere bekannt und sagte, er hoffe, daß das Haus die Verhandlungen über das Gesetz über die Trennung der Kirche vom Staat in Wales und über die Wahlrechtsbill bis zum 12. Februar beenden werden und dann die notwendigen Staatsdränge zu bereiten. Es sei unzulässig, durch einen Generalfreist eine Prellerei auf das Parlament ausüben zu wollen. Die Regierung werde gegen den Generalfreist die Gesetze mit ganzer Energie anwenden. Diese Erklärungen wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Schweden. In der zweiten Session betonte der Minister des Äußeren G. Ehrenson am Mittwoch in Erwiderung auf eine Frage der Opposition, daß die von Schweden, Dänemark und Norwegen unterzeichnete Deklaration über übereinstimmende Neutralitätsregeln aus Zweckmäßigkeitsgründen aufhört zu gelten. Eine solche Übereinstimmung auf dem Gebiete der Neutralitätsregeln ist seit dem Kriegsausbruch aufrecht erhalten worden. Nachdem die Haager Konvention von 1907 die Umarbeitung der alten Neutralitätsregeln mit sich gebracht habe, habe man es für angemessen gehalten, daß die drei Länder auch in den Punkten übereinstimmende Neutralitätsregeln festsetzen, die nicht von der Konvention im einzelnen geregelt sind. Die Deklaration habe keinen Charakter einer auf die Aufrechterhaltung der Neutralität die Mitkontrahenten verantwortlichen. Die Deklaration bespreche jedoch den Beginn eines besseren Verhältnisses zwischen den drei Völkern.

Brasilien. Am Mittwoch fand in Elwig (England) auf der Armstrongschen Werft der Stapellauf des für die brasilianische Regierung gebauten Kriegsschiffes „Rio de Janeiro“ statt. Das Verdrängung des Schiffes beträgt 27 000 Tons, es wird 14 1/2-stündige Geschütze führen.

Deutschland

Berlin, 23. Jan. Der Kaiser hielt am Dienstagabend im Ritzpala des königlichen Schlosses die diesjährige Defiliercour für alle Herren von Militär unter einem ähnlichen Zeremonie wie die Ziviltour ab. Gestern vormittag nahm der Kaiser im besigen königlichen Schloße den Vortrag des Fürsten von Bismarck mit Gemahlin, Fürst Jülicher, Herzog zu Trachenberg mit Gemahlin, Herzog von Arenberg mit Gemahlin und Schändler Freiherr von Zentich. — Die Taufe des am 26. Dezember 1912 geborenen Sohnes des Prinzenpaars August Wilhelm von Preußen findet am 15. Februar statt.

— (Prinz Eitel-Friedrich.) Generalmeister des Johanniter Ordens, wiro morgen, Freitag, vormittags 10 Uhr im Schloß Bellevue ein Kapitel abhalten. — (Anschließend des Ablebens des Admirals von Hollmann) hat der Kaiser folgenden Marinebefehl erlassen: A. Miral a la suite des Seeoffiziers v. Hollmann ist aus dem Leben abgerufen worden. Mit ihm ging ein treuer Mann dahin, der überall, wohin immer das Vertrauen seines Kaisers ihn stellte, seine ganze Kraft einsetzte, für das Wohl und die Förderung der Marine und der mir in gemeinsamen Werten zum Freunde gegeben war. Zur Erinnerung des Andenkens bestimme ich: Sämtliche Flaggschiffiere meiner Marine, sowie die Offiziere des Reichsmarinemusikregiments, legen drei Tage Trauer an. An den Beisargfeierlichkeiten nehmen teil: Der Staatssekretär des Reichsmarinemusikregiments und eine Abordnung von Offizieren dieser Wache.

— (Zum Ableben des früheren Staatssekretärs der Marine, Admirals v. Hollmann, hat der Kaiser der Gattin des Verstorbenen folgendes Telegramm erlassen: „Zu meinem tiefsten Schmerz erlaube ich Ihnen, daß Ihr guter Mann, mein alter Freund und Berater, der Admiral v. Hollmann, aus diesem Leben abgerufen worden ist. Ein Menschenalter hindurch ist er mir verbunden geblieben in gemeinsamen beruflichen und wissenschaftlichen Interessen. Über sein Grab hinaus werde ich ihm verbunden bleiben in dankbarer Erinnerung an seine treuen Dienste und seine mir so wertvolle Unterstützung. Die Angehörigen des Verstorbenen sind in Ihrem großen Schmerz teilhaftig. Ich bin mit dem Reichsstatthalter und Reichsstatthalter von Weismann, dem Staatssekretär des Reichsmarinemusikregiments v. Trivitz und Kriegsminister v. Deeringern.

— (Der Reichsstatthalter v. Weismann) empfing Mittwochvormittag den Gesandten Dr. Freyberg v. Zentich, den künftigen Botschafter in Rom. — (Der Staatssekretär des Auswärtigen v. Jagow) ist Mittwochmittag von Rom nach Berlin abgereist. Am Vorabend waren u. a. erschienen: Der italienische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Tittoni, der italienische Botschafter in Berlin, Vellati, der englische, russische und österreichisch-ungarische Botschafter, der rumänische Gesandte, Fürst Wilow, sämtliche Mitglieder der deutschen Botschaft.

— (Das russische Staatsministerium) trat am Mittwoch zu einer Sitzung zusammen.

— (In den General der Infanterie von Gunder), den bisherigen Generalinspektor der Verlehrsstruppen, der auf seinen Wunsch zur Disposition gestellt ist, hat der Kaiser, der „Post“ zufolge, ein sehr ehrenvolles Schreiben geschickt.

— (Der in Berlin verweilende Generalleutnant v. Kampacher), Kommandeur der 38. Division in Erfurt, ist in Genehmigung seines Abschieds nach seiner Disposition gestellt worden.

— (Im Reichstage) benutzte Herr v. Böhlenhoff die Gelegenheit, der seinerzeitigen Förderung der Seefischerei, die in langatmigen Ausführungen eine Wahlrede zu halten, in der er so fonderbare Vorschläge machte, daß der Staatssekretär Delbrück sich andererseits dem Arm vors Gesicht hielt, damit nicht das ganze Haus sein herliches Lachen sah. Und der Ministerpräsident v. von Bülow, der sich gleichfalls vergewissert, daß Gerechtigkeit in der Sache sei, Herr v. Böhlenhoff verführte u. a., daß nämlich ein Fischgericht keineswegs toujours perdrix sei. Sodann machte er den erspöchligen Vorschlag, zur Hebung der Seefischerei — falls die Sache zu werden, wodurch der Kalabaja in erfreulicher Weise steigen würde, worüber Herr v. Böhlenhoff nicht brauchen, da dieser zu losbar sei. Das der Kalabaja enorm gesteigert werden könnte, wenn man möglichst viel Kalabaja ins Meer wirft, ist allerdings unbestreitbar. Und wenn die Seefischerei durch die Protektion von Mit gefördert werden könnte, so würde zweifellos Herr v. Böhlenhoff viel große Verdienste um ihre Förderung erworben haben! Sodann verlangte Böhlenhoff, daß man in unseren Kolonien die Eingeborenen anleiten sollte, statt ihrer Kanoes Kahnboote zu bauen, in die Petroleummotoren eingebaut würden, um ihren Fischfang zu heben. Schließlich behauptete der Herr, man habe ihm früher suggeriert, er habe die Fischereipolizei mit Motorbooten anzuweisen wollen, was eine bessere Polizei über die Fischer zu haben. Das aber sei gar nicht sein Wille gewesen, die Fischer solle den Fischern doch ein freundlicher Berater sein. Böhlenhoff weiß eben nicht mehr, was er früher verlangt hat; er hat tatsächlich der Seefischerei mit verstärkter Polizeiaufsicht helfen wollen, indem er verlangte, daß dadurch der Raubfischerei und der Überfischung von

Polizeiverordnungen gesteuert werde. Gewiß ist das notwendig, aber mit solchen Negativmaßnahmen kann man dem Raubfischerei nicht befehlen!

— (Über die Bundtagswahlen in Lippe-Deimold) legen, soweit das Resultat der dritten Wahlerteilung in Betracht kommt, ziemlich interessante Nachrichten in der Presse vor; man gewinnt daraus vielfach den Eindruck, als ob der Liberalismus (sich) abgegrenzt habe. In Westfalen ist dies nicht der Fall. Vielmehr wird der Liberalismus in der dritten Klasse nach wie vor von dem Vertrauen der Wählermassen getragen. Es ist zwar der Sozialdemokratie gelungen, ihren bisherigen einzigen Sitz im ersten Wahlgange zu behaupten, aber ihre Hoffnungen, weitere drei Sitze im ersten Wahlgang zu gewinnen, sind nicht nur nicht in Erfüllung gegangen, sondern es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß die Sozialdemokratie auch im nächsten Landtage nur ein einziges vertreten sein wird. Der Liberalismus hat zwei Sitze mit sämtlichen Wählergruppen im ersten Wahlgange behauptet: einen mit Pastor Jekel und einen mit dem Zigarer Wehrmann. Mit diesem Jekel, entsprechend dem Wunsch des fortschrittlichen Parteivorstandes, ein Arbeitnehmer als liberaler Vertreter in den lippeischen Landtag einzunehmen. In den übrigen vier Wahlgängen liegt die fortschrittliche Partei in durchweg ausreichender Stärke gegen die Sozialdemokratie. Im bisherigen Wahlkreis des Abg. Dr. Neumann Hofer hatte der Redakteur Stärke kandidiert, dessen Wahl ebenfalls zu erwarten ist, da er vor dem Sozialdemokraten einen beträchtlichen Vorsprung hat. Mit ihm würde eine junge frische Kraft in den Bundtag hineinkommen.

— (Der Bundesrat über das Duell.) Von einer Verschärfung der gerichtlichen Bestrafung wegen Ehrenbeleidigungen verpicht sich auch die „Rechts-Anzeiger“, nichts für die Vereitigung des Zweikampfes. „In all den Kreisen“, so heißt es dort, „die diese Frage in erster Linie etwas angeht, dürfte man der Meinung sein, daß allen guten Willen zunächst etwas spezifisch gegenübersteht, denn der Verlust, dem Staatsbürger auf richterlichem Wege ausreichende Sühne bei Ehrenbeleidigungen zu verschaffen, ist schon häufiger unternommen worden, seiterte aber stets an der ganz verschiedenen Auffassung, die bezüglich dieses Punktes herrscht. Und gerade das Rücksichtgebot, das trotz seiner Reichhaltigkeit doch immer nur ein gewisses Schema darstellt, wird kaum in der Lage sein, jene Lücke auszufüllen, die dadurch entstehen würde, daß man den Zweikampf unter allen Umständen beifügt und jeden Duellanten für elend erklärt.“

Vermischtes

— (Aufführung eines geheimnisvollen Todesfalles.) Wie aus Aachen gemeldet wird, ist die Schriftstellerin Alice Crespy, in deren Wohnung der Abt Chosain tot aufgefunden worden war, Dienstagabend verhaftet worden. Frau Crespy hatte angegeben, daß der Geistliche, mit dem sie ein Arbeitsverhältnis unterhalten hatte, sich mittels eines Revolvergeschusses entleibt habe aus Eifersucht, daß er straflos nach einer anderen Stadt verlegt worden war. Die Unteruchung ergab Verdadtsmomente, daß Frau Crespy selbst den Abt erschossen habe.

— (Angebot vor Fremden.) Wie erst jetzt bekannt wird, fanden in Lille, Maubeuge und anderen Orten des ersten und zweiten französischen Korps Beiräte am vorigen Sonntag in größter Eile durchgeführte Sicherungsmaßnahmen gegen einen angeblich beabsichtigten Einbruch in die Regiments- oder Korpsbüros statt, der nach Meldungen aus Charleroi von Spionen zwecks Erlangung der Mobilisierungs- und Anmarschpläne beider Korps angeführt werden sollte. In jenen Militärbezirken herrschte eine große Nervosität. Sie stellten vor alle Büros Posten mit geladenem Gewehr und aufgespartem Seitengewehr. Eine Unteruchung ist eingeleitet.

— (Vier Kinder bei einem Stubenbrande umgekommen.) Die Witwe Schmidt in Janow bei Kolberg hatte während einer kurzen Abwesenheit die brennende Lampe in ihrer Wohnung auf dem Tische stehen lassen. Die Lampe wurde von einem Kinde umgestoßen. Ein zweijähriges Kind verbrannte in der Wiege. Die drei anderen Kinder erlitten infolge des sich entwickelnden starken Qualms.

— (Angetter in New-York.) Infolge des schlichten Wetters haben, wie aus New-York gemeldet wird, die einlaufenden Schiffe schwer zu leiden. Auf dem Dampfer „Caroline“ der Transatlantischen Linie explodierte ein Dampfrohr, wobei sieben Mann der Besatzung schwer verletzt wurden. Der französische Dampfer „Caroline“ vor der Rettungsboote. Der Dampfer „Veneta“ erlitt gleichfalls schwere Beschädigungen; drei Mann der Besatzung wurden über Bord gespült.

— (Beim Spielen von Schuttaffen erschlagen.) Mittwochmittag gegen 2 Uhr wurde der 13-jährige Schuttaffe Max Arnold beim Spielen an der Elbe durch das Spielzeug eines Schuttaffen erschlagen. Das Spielzeug des Schuttaffen war ein Derrland herabgeworfenes Schuttaffengetriebe.

350 indische Wälder ertrunken

— (Suati an der Küste des Roten Meeres.) 22. Jan. Eine Karavane indischer Wälder wurde am Mittwoch bei S. Canara, halbwegs zwischen Madras und Pondicherry, durch das Spielzeug eines Schuttaffen erschlagen. Die Karavane wurde binnegeschleppt. 350 Wälder sind ertrunken. Die Leiden konnten noch nicht geborgen werden. 50 Wälder konnten sich retten.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Vertrieb von E. B. Fischer in Berlin.

Landwirte!!



Kauft trans-
portable Haus-
boden- und
Fleischränder
nur bei der
ersten und
größt. Spezialfabrik Deutschlands
Anton Weber, Rosdorf a. d. Leine,
deren Fabrikate als die besten und
billigsten bekannt sind. Neueste
Preisliste gratis. Viele Zeugnisse
über 10-jährigen Gebrauch.
Jeder 4000 Stück geliefert.



Justus Oppel & Co.,
Tel. 308, Gotthardstr. 35,
Ankündigungsgeschäft,
empfehlen sich zur Aus-
führung von
**Gas- u. Wasseranlagen,
Badeeinrichtungen,
Klosets, sowie aller ins
Fachschlagender Arbeiten
und deren Reparaturen.**

Rechnungs-Formulare
in 1/4, 1/2 und 3/4 Lozen hält stets
vorrätig
Buchdruckerei Th. Köhner,
Merseburg.



Fleisch eingetroffen:
starke Hasen
a Markt 2.50 ohne Klein,
auch fertig.
große wilde Kanin,
1 a Reh-Rücken, -Rücken u.
-Bäcker,

1 a Rotkalt-Rente a Pfd. Mk. 1.20
do Blatt a Pfd. Mk. 0.85
do Hals a Pfd. Mk. 0.50
do Kochfleisch a Pfd. Mk. 0.35

**Puter und Putzhenne,
Perlhühner,
feinste Fasanhühner u. Gänse
junge Enten, Kochhühner,
Poularden a Stück Mk. 2.40,
feinste Dresdener Gänse,
böhmische Spiegelfarpfen,
Schleie, Gaffander
empfeilt
Emil Wolff.**

Von der Handwerkskammer vor-
geschrieben
Lehrverträge
hält stets vorrätig
Buchdruckerei Th. Köhner
Merseburg, Oelgrube 9.



„GOLD“
SCHOKOLADE KAKAO

Unübertroffen in Qualität.
Die Fabriken in Köln, Berlin, Wien, Pressburg, Budapest, London, New York-Stamford
beschäftigen nahezu 6000 Personen.

Die Schaufenster-Ausstellungen Stollwerck'scher Fabrikate
in hiesigen einschlägigen Geschäften finden
vom 12 bis 31 Januar statt.



Immalin

gibt strahlenden Hochglanz,

pflegt und erhält das Leder, macht es dauernd spiegelblank,
geschmeidig und wasserdicht, läßt und fettet nicht ab, ist
reinlich und einfach in der Anwendung u. d. billig im Gebrauch.

Jede Dose enthält einen Gutschein.

Nach Rückgabe von 20 Gutscheinen erhält jeder
Verbraucher von Immalin eine

**elegante Schubpolierbürste
gratis und franko!**

Überall erhältlich

Ausschließliche Fabrikanten:
Chemische Fabrik Eisendrah, G. m. b. H., Mettmann (Rhld.).

**Jedes Kind läuft
früher und entwickelt sich besser,
wenn es**

Kraft-Bebertran-Emulsion
bekommt. Die wohlchmeckende
Emulsion wird von jedem Kinde
gern genommen und leicht ver-
tragen. Die Emulsion fördert
die Knochen-Entwicklung des
Kindes.

Machen Sie sofort einen Versuch!
Fl. zu Mk. 1.00, 2.00, 5.00.

Gotthardt-Druckerei.
Hermann Emanuel.

Millionen
gebrauchen gegen

Husten

Heilerkeit, Raucher, Ver-
schleimung, Krampf, und
Reizhusten

**Kaiser-Brust-
Caramellen**
mit den 3 Tassen.

6100 not. begl.
Zeugs. u.
Verz. u.

Wird verbißl. d. sich. Erfolg.
Außerst bekömmliche und
wohlschmeckende Bonbons.

Patet 25 Pf., Dose 50 Pf.

Zu haben in Merseburg
bei: G. Böder, Kgl. priv.
Stadt-Apotheker, H. Schauf-
Bäckmeier, W. Hensch, Erb-
Gurt Vogel, Adler-Druckerei,
Hermann Weniger, Neu-
markt-Druck., Otto Glasse,
Kolonialw.-Abtlg., Oswald
Fränkner, Kolonialw.-Abtlg.,
Ferner G. Wetzl, Mühlw.
G. u. Hühne, Landwehr.

**Fahrrad-
Zubehör**

Käbel, Fußschlänke, Glöcher,
Lehrwagen, Federn, Fattelbocken,
Koffertwagen
u. großer Auswahl zu billigsten
Preisen

Dem. Bauert, Markt 3.

Sofort

wird gut und
billigst besorgt
und repariert
in der
Schuhbesohlanstalt
von

E. Merde,
Johannstr. 12.

Matulatur

hält stets vorrätig u. emp. billigst
Buchdruckerei Th. Köhner,
Merseburg, Oelgrube 9.

Neuheit! :: Rotti-Saucen-Würfel ::

in folgenden Sorten:

**Sardellen, Zwiebel, Meerrettich, Tomaten, Pilz,
Kapern, Senf, Gulasch, Madeira, Bratensauce,**

Preis pro Würfel 10 Pfg. (ausreichend für 2 gr. Fleischportionen.) Zu haben in allen besseren Kolonialwarengeschäften.

Houssedy & Schwarz, Rotti-Ges. m. b. H., München.

— Größtes Atelier. —
Vorzüglich eingerichtet.

Photographie Bud. Arndt,

Merseburg a. S.,
Gotthardstr. 42.
Hierauf 2 Beilagen.



Vergessen Sie nicht,

heute

AROMIN

Aromin ist der beste und vollkommenste
Buttersatz, es kostet pro Pfund 95 Pf.,
1/2 Pfund 48 Pf., und ist in folgenden Ge-
schäften stets frisch zu haben:

∴ Pflanzenbutter-Margarine einzukaufen. ∴

Verkaufsstellen in Merseburg:

Otto Gottschalk, Inhab. Gust.
Joachimowich, Kolonialw.
Waren Einkaufs-Verein
Walther Bergmann, Kolonialw.
A. Schur, "
Paul Johle, "
Margarete Fuschau, Viktualien,
Otto Dorn, Kolonialwaren,
Carl Ehardt, "
E. Funke, "
Walter Fuß, "
Richard Fuß, "
Paul Gehrig, "
Hermann Jähner, "
Edmund Jähner, "
Frau W. Jente, Materialwaren,
Adolf Junede, Kolonialwaren,
Otto Kiehe, "
O. A. Köpcke, Kolonialwaren,
Wilhelm Kösterlich, "

Markt 19.
Gotthardtstr. 19.
N. Ritterstr. 14.
Sand 9.
Hohmarkt 4
Markt 7.
Gotthardtstr. 8.
Markt 15.
Gotthardtstr. 46.
Breite Str. 17.
Neumarkt 39.
Palleische Str. 78.
Neumarkt 61.
Sanktfr. 7.
Gutenbergsstr. 1.
Sanktfr. 12.
Obere Burgstr. 13.
Gotthardtstr. 21.

Hermann Lehmann
Paul Müller vorm. Ad. Schäfer,
Kolonialwaren,
Paul Rühler Nachf., Kolonialw.
Rich. Grimm Nachf. "
Fr. Berger "
Richard Selmar, Kolonialwaren,
Fritz Schanz, Delikatessenwaren,
W. Schreyer, Kolonialwaren,
Wilhelm Schumann, "
Richard Schurig, "
Richard Toppert, "
Carl Vogel, "
Goswald Tränker, "
Julius Trommer, "
Emil Weidling, "
Franz Vogel, "
E. Zimmermann, Delikatessen,

Dammstraße 4.
Entenplan 7.
Markt 9.
Schmale Str. 15.
Weiße Mauer 10.
Burgstr. 22.
N. Ritterstr. 8.
Neumarkt 32.
Unter-Altenburg 37.
Obere Breite Str. 7.
Neumarkt 45.
Börner 10.
Bahnhofstraße 19.
Unter Altenburg 13.
Obere Breite Str. 10.
Hohmarkt.
Domplatz 5.
Burgstr. 20.

General-Vertreter für den Regierungsbezirk Merseburg: Julius Reich, Halle a. S., Pfännerhöhe 4. Telefon 3332.

Nur noch diese Woche
findet mein
billiger Inventur-Verkauf
statt. Säumen Sie nicht Ihren Bedarf zu bedenken.
Nur reelle Waren kommen zum Verkauf.
Schuhwarenlager Karl Gesselbarth, Delgrube 19.

1 Posten alter Fenker,
zum Teil mit Glas, billig zu ver-
kaufen. Wo? sagt die Exp. d. Bl.
3 altertümliche Schränke:
ein sehr alter Merseburger, ein
Hamburger, ein Altdorfer,
sind zu verkaufen bei
E. S. Neubrügge, Tischlermeister,
Grüne Str. 2.
Futterbottich,
50 cm hoch, 100 cm Durchmesser,
billig zu verkaufen. Wo? sagt
die Exp. d. Bl.

Casino.
Fernspr. 295.
Empfehle großen und kleinen Saal
sowie verschiedene Vereinszimmer.
Wache besonders aufmerksam auf den kleinen Saal,
welcher getrennt von Restaurationsräumen liegt, daher
sich besonders zu Familien-Gesellschaften eignet, circa
80 Personen faßt und mit gutem Instrument versehen ist.
Sachachtungsvoll **Otto Seym.**

Hausfrauen

finden in meinem
Inventur-Verkauf
praktische Bedarfsartikel
— für Küche u. Haus. —

Große Posten
Küchen- und Wasch-Garnituren
Kaffee- und Frühstück-Service
Weingläser — Biergläser — Römer
Glasschalen — Teller — Vasen
Aluminium- und Ton-Kochgeschirre
Holz- und Bürstenwaren
Nur gute Fabrikate. Enorm billige Preise.

Paul Ehlert, Entenplan 11.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

**Gradanzug,
Winterjacket,
Winterjoppe,
Sackel-Anzug,**
gut erhalten, zu verkaufen
Mägistrasse 1.
Circa 150

Kopf-Pappeln

sollen am **Sonntag** d. 25. d. M.,
nachmittags 2 Uhr, in unserem
Genehricht gegen Barzahlung
verkauft werden. Bedingungen
im Termin. **Neuschauer Mühle.**

Mehrere Hundert 3tr. Streutroh

in Ballen (Bündelpresse) ver-
kaufe im ganzen, in Säcken und
einzelnen Centnern.
Richard Klauß, Landwirtsch.,
Weißenhofstr. 20/22.

Jeden Posten Feldtanben

kauf zu höchsten Preisen
Gustav Hartung, Neuschauer
Str. 3.

Apfelsinen

Dhd. von 35 Btg. an,
bis zu den feinsten Fernreisen
Früchten, empfiehlt billigst
Paul Rulide,
Lindenstraße 19. Die Karlsrufer.
Selbstgelesenes

Blaumenmus

in hochfeiner Qualität, a Pfund
35 Pf., bei 10 Pfund 33 Pf.,
empfiehlt
H. Speiser.

Tausenden ist geholfen worden bei:

RHEUMATISMUS

Halsweh, Lendenschmerzen, Rückenleiden, Brustschmerzen, Husten und
Erkältungen aller Art durch die berühmten **Bensons Pflaster** der Firma
Seabury und Johnson.



Wird das Pflaster gleich bei den ersten Symptomen der Krankheit
angewendet, so dürfte gewöhnlich das einmüßige Aufsteigen dieser ban-
nalen Krankheit vor. Wenn man dem Entstehen einer vielleicht schweren
Bensons Pflaster, welches von vielen tausend Ärzten wärmstens
empfohlen wird, stets im Hause haben. Man verlange ausdrücklich:
Bensons Pflaster der Firma Seabury & Johnson und hüte sich vor
Nachahmungen. Erhältlich in fast allen Apotheken. Preis Mark 1.10.

Hamburg, Helldorfer
7-11. **BENSONS
PFLASTER**

Anschließend an meine mechanische sowie Automobill-
Reparaturwerkstätte habe ich durch Anschaffung der modernsten
Maschinen und Werkzeuge eine

∴ Klempnerei-Abteilung ∴

neu errichtet und bin dadurch in der Lage, sämtliche in dieses
Fach einschlagende Reparaturen sowie Anfertigung neuer Bepan-
nungsmittel, Brückerei- und Glanzerei Arbeiten übernehmen zu
können.

Ebenso werden Reparaturen an Fahrrad- und Automobill-
laterne, Scheinwerfern, Entwürfen, Motorfahrzeugen sowie Anfertigung
neuer Teile dazu unter billigster Berechnung ausgeführt.

Gustav Engel.

Telephon 293.

Baumaterialien

Der Alleinverkauf des bedeutendsten Artikels der
Baumaterialien-Branchen ist für
Merseburg und Umgebung an Ja Firma zu vergeben. Offert. unter
H O 8323 an Rudolf Messe, Hamburg.

Inventur-Ausverkauf bis 25. Januar.

Verkauf sämtlicher Sommer- und Winter-
Ulster zum Inventurpreis weit unter Einkauf.
15 Proz. gewähre ich auf alle Münch. Pelzinnen u. Rozenner Mäntel.

Entenplan 4. **Ernst Rulffes.** Fernspr. 421.

Zweite Beilage.

Volkswirtschaftliches.

Die Unterstellung der Mäster unter die Gewerbeordnung. Das Reichs-Gewerbeamt hat vor einigen Tagen beschloffen, bei den geltenden Körpergesetzen die Unterstellung der Mäster unter die Gewerbeordnung zu beantragen. Das man diesem Antrag an den maßgebenden Stellen wohlwollend gegenübersteht, geht daraus hervor, daß bereits im Beginn dieses Jahres abgesehen der Reichsregierung und der preussischen Regierung Erwägungen über eine Unterstellung des Mästerstandes unter die Gewerbeordnung stattgefunden haben. Die Erwägungen sind jedoch nicht abgeschlossen. Als Folge der außerordentlichen Konjunktur, die sich auf dem Gebiet des Mästerhandwerks nach und nach entwickelt hat, sind Mißstände entstanden, deren Beseitigung im öffentlichen Interesse liegt. Wiederum ist die Unterstellung des Mästerhandwerks als Mittel für den Abzug von Instrumenten betrachtet. In solchen Auswüchsen handelt es sich bei dem Mästerstand nicht mehr um die Unterstellung in einer Kunst, sondern lediglich um ein Gewerbe. Die Möglichkeit, den privaten Mästerstand unter die Aufsicht der Untergerichtsbehörde zu unterstellen, ist durch ein im vorigen Jahr ergangenes Reichsgerichtsurteil in Frage gestellt worden. Aus diesem Grunde hat man erwogen, ob es angebracht erdünkte, dem Mästerstand durch eine Unterstellung unter die Gewerbeordnung funktionspflichtig zu machen. Die Gewerbeordnung hat bekanntlich für eine ganze Reihe von beruflichen Beschäftigungen die Konzeptionspflicht eingeführt, so für Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Unternehmer von Fabriken und Bergwerken, Schiffsbesitzer, Unternehmer, Schenkwirte, Fährleute, und Gewerbeverwalter. Ebenso ist das Aufschlaggebühren sowie das der Geschäfte, Maschinen und Lotten funktionspflichtig. (S. A. N.)

Die Plenarversammlung des deutschen Zahnärztlichen Vereins findet in Berlin vom 11. bis 14. Februar im Sitzungssaal des Reichenspalastes statt. Der Vizepräsident, nach der „Deutschen Tageszeitung“, sein Erscheinen zur Beratung des ersten Punktes der Tagesordnung zugesagt. Es handelt sich um Maßnahmen zur weiteren Produktionssteigerung der deutschen Zahnärztlichkeit a) auf der bisherigen Fläche, b) durch Vermehrung der Zahnärztlichkeit (Kolonisation der Moore- und Inselgebiete), c) durch innere Kolonisation. Referenten sind zu a) v. Vodopivec, zu b) Weiler-Cunrau, zu c) Professor Dr. Gerwig-Berlin.

Der Streit zwischen Ärzten und Krankenanstalten führt zu den unerfreulichsten und sozialpolitisch durchaus schmerzhaften Folgen. Der Verzicht der Krankenanstalten auf die ärztliche Hilfe ist jedoch durch Urteil des Reichsgerichts in Halle a. Saale im Jahre 1908 durch die eingeleiteten Ärztehaft endgültig entschieden worden. Der Krankenanstaltenverband hatte 1910 die eingeleiteten Ärztehaft von der Krankenanstalt ausgeschlossen und auswärtige Ärzte herbeigezogen. Diese Verletzung der Kassen erklärte die Aufsichtsbehörde nach langem Zögern für völlig unzureichend, entzog den Kassen das Selbstverwaltungsrecht und schloß einen Vertrag mit der eingeleiteten Ärzteschaft ab. Der Krankenanstaltenverband verweigerte diesen Vertrag die Anerkennung und ließ ihn bei Gericht an, er wurde in allen drei Instanzen abgewiesen, das Reichsgericht erklärte durch Urteil vom 17. Januar 1913 den Vertrag mit Ausnahme eines unwesentlichen Punktes für zu Recht bestehend. Die finanziellen Folgen für den Krankenstand sind sehr schwerwiegend, er muß nimmere die von ihm verweigerte Anstellung der eingeleiteten Ärzteschaft zumommen den Honorar für mehr als drei Jahre nicht hinnehmen, außerdem die ganzen Prozeduren aus drei Instanzen tragen; die Gesamtsumme beläuft sich nach vorläufiger Berechnung auf 150.000 bis 200.000 Mark.

Die Umlageordnung in Saarbrücken ist nun doch erfolgt. Die königliche Verwaltungsdekret hat die Umlageordnung in Saarbrücken endgültig festgesetzt. Die Umlageordnung ist nunmehr in allen Punkten für die Durchführung des Streites in die Umlageordnung abgeändert, die vom Handelsminister Endow zur Geltendmachung der Wünsche der Bergarbeiter in Berlin empfangen wurde. Die Verwaltungsdekret begründet die Maßnahme damit, daß Besondere in verschiedenen Verhandlungen der letzten Tage neue Erzeugnisse in die Umlageordnung getragen habe, die eine Unterbrechung des bei der letzten Konferenz des Christlichen Gewerkschafts beschlossenen Tarifvertrages bedürftig ließe.

Die Unterstützungsstelle für im Feuerlöschdienste Verunglückte in Merseburg.

Diese Kasse hat auf Grund eines Beschlusses in der Sitzung des Ausschusses vom 11. Juni 1912 eine weitestgehende Erweiterung ihrer Leistungen einrichten lassen. Die Unterstützungen und Renten sind gegenüber den bisher gewährten Beträgen teilweise nahezu verdoppelt. Da diese Unterstützungen nicht nur den Feuerwehrlenten, sondern im Besonderen der Kasse allen Verunglückten zufließen, welche bei geleiteter Tätigkeit zu Schaden kommen, werden die nachstehenden Angaben auch weiteren Kreisen von Interesse sein.

Die Unterstützungsstelle für im Feuerlöschdienste Verunglückte ist im Jahre 1871 ins Leben gerufen, sie wird von den öffentlichen Feuerwehrenterstützungsstellen der Provinz Sachsen und einigen angrenzenden Staaten unterhalten.

Der Bezirk der Kasse umfaßt zurzeit die ganze Provinz Sachsen, den Meißner Kreis, Kassel und die Staatsgebiete der Herzogtümer Sachsen-Meiningen und Sachsen-Coburg-Gotha, der beiden Schwarzburgischen und der beiden Meißner Fürstentümer, des Fürstentums Waldeck, des Fürstentums Schaumburg-Lippe und des Fürstentums Lippe.

Innerhalb dieses Bezirkes kommt die Kasse der Kasse in Feuerlöschdienste Verunglückten zu Hilfe, nicht darauf, ob er einer Feuerwehre angehört oder nicht und wo

sie in Brand geratenen Gebäude und sonstigen Gegenstände versichert sind, und ohne die Erhebung irgendwelcher Beiträge von Gemeinden, von Feuerwehren oder von einzelnen Personen.

Unterstützungen werden auch für solche Unfälle gewährt, die sich bei Feuer- und Theaterbränden, bei Hochwasser und aus anderen Ursachen ereignet haben, sofern die davon Betroffenen als Angehörige einer Feuerwehre zu diesen Dienstleistungen herangezogen sind.

Die Unterstützungsstelle besteht:

1. Die notwendigen Ärzte-, Apotheker- und Kurkosten bis zum Gesamtbetrage von 50 Mark in einem Jahre.

2. Bei Beschädigungen, welche Erwerbsunfähigkeit zur Folge haben, wenn die Erwerbsunfähigkeit länger als drei Tage einschließlich des Unfallsages dauert, alsdann aber vom ersten Tage ab für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit an laufender Unterstützung: einer überalterten Person bis zu 7 Mark für den Tag oder 50 Mark für die Woche; einer unteralterten Person bis zu 4 Mark für den Tag oder 20 Mark für die Woche. Vermittete Personen, welche Kinder oder Stiefkinder unter 15 Jahren zu unterhalten haben, sind den Überalterten gleich zu behandeln. Die laufende Unterstützung soll während des ersten Jahres in der Regel nicht mehr als den vollen Arbeitsverdienst und während der weiteren Zeit in der Regel nicht mehr als drei Viertel des vollen Arbeitsverdienstes betragen. Ist die Erwerbsunfähigkeit nur eine teilweise, so wird der Berechnung ein Bruchteil des Arbeitsverdienstes zugrunde gelegt, welcher nach dem Maße der verbleibenden Erwerbsfähigkeit zu bemessen ist und auf Zehntelteile nach oben abgerundet werden kann.

3. In Todesfällen werden gezahlt:

- a) an die Hinterbliebenen 1000 Mark als Zuschuß zu den Kosten des Begräbnisses;
b) an die Witwe, solange sie im Witwenstande lebt, ein Drittel des Berufsverdienstes des verstorbenen Ehepartners, jedoch nicht weniger als 400 Mark und nicht mehr als 800 Mark als jährliche Rente;
c) für jedes hinterlassene eheliche Kind oder Stiefkind bis zum vollendeten Lebensjahre als jährliche Rente, wenn es sich um Waisen handelt, ein Fünftel des Berufsverdienstes des Verstorbenen, jedoch nicht weniger als 150 Mark und nicht mehr als 550 Mark; wenn es sich um Halbbrüder handelt, ein Fünftel des Berufsverdienstes des Verstorbenen, jedoch nicht weniger als 75 Mark und nicht mehr als 275 Mark.

Die für einen Todesfall nach b und c zu gewährenden Renten dürfen zusammen nicht mehr als das Berufsverdienst des Verstorbenen und nicht mehr als 1500 Mark im Jahre betragen.

Die Beiträge auf Gewährung von Unterstützungen sind von der Ortsbehörde des Wohnortes der Beschädigten Person aufzunehmen und mit möglichst beschleunigter Abzahlung abzuführen.

Der Umlagebedarf der Unterstützungsstelle betrug im Jahre 1900 noch 12.000 Mark und stieg bis 1906 allmählich auf rund 18.000 Mark. Als im Jahre 1906 die neue Verwaltungsordnung mit ihrer neuen, wesentlich höheren Sätzen in Kraft trat, hat der jährlich umgelagerte Bedarf in den jetzigen abgelaufenen fünf Jahren sich auf durchschnittlich 27.000 Mark belaufen. Nach der jetzigen nochmaligen Erhöhung der Sätze ist für das laufende Jahr eine Umlage von 40.000 Mark anzufragen und für das Jahr 1913 eine solche von 50.000 Mark beschließen.

Diese beträchtlichen Aufwendungen der Kassenmitglieder sprangten der im Feuerlöschdienste Verunglückten sollten einerseits eine Mahnung dafür sein, es im Feuerlöschdienste niemals an der erforderlichen Vorsicht fehlen zu lassen; viele der bisher eingetretenen Entkränkungen und Verletzungen hätten nach sachverständigen Urteil vermieden werden können und neben jeder Vermeidung des einzelnen eine Prüfung aller Vorkehrungen und Verbesserungen die Regel bilden. Andererseits läßt die hohe jährliche Kürsorge, deren sich die im Feuerlöschdienste Beteiligten durch die Unterstützungsstelle zu erfreuen haben, erhoffen, daß sich in den Gemeinden auch die intelligenten, schaffenden Einwohner mehr, wie bisher, den alten Wahlspruch „Gott sei Ehr und den Nächsten zur Wehr“ zu eigen machen und das die Befehle allein nebensächlichen Verantwortlichkeiten stets die freiwillig übernommene Ehrenpflicht der Hilfe in Feuersfahr vorantreiben.

Es dürfte nicht überflüssig bekannt sein, daß die öffentlichen Feuerwehrenterstützungenhalten der Provinz (die Sozialitäten) neben mancherlei Aufwendungen zur Verbesserung der Feuerlöschrichtungen in den Gemeinden und zur Einrichtung von Feuerwehren auch die Kosten für die Haftpflichtversicherung der sämtlichen Feuerwehrlenten in der Provinz Sachsen tragen. Wenn jetzt dem mehrfach laut gewordenen Wunsche auf Erhöhung der Leistungen der Unterstützungsstelle für die im Feuerlöschdienste Verunglückten in der vorliegenden Angelegenheit tatkräftig weiterzugehen und wohlwollenden Weise entgegenkommen werden ist, die den Beteiligten eine günstigere Kürsorge zuteil werden läßt, als sie ihnen durch eine gesetzliche Regelung zu geboten werden könnte, so verdient dieses Entgegenkommen ohne Frage dankbarer Anerkennung. Um so mehr dürfte man aber auch bei der Beurteilung der Feuerwehren erwarten, was ihnen Veranlassung zu gesteigerter Berufsleidenschaft geben sollte.

Vermischtes.

* (Die Zeitungs- und Gaby Desbos), die Fremden des Erbkings Manu, ist in Amerika, wo sie sich auf dem Atlantik befindet, ihre Zuneilen beauftragt worden. Ende vergangener Woche fuhr die Künftlerin in einem Zuge von Albany nach New-York. In einem besonderen Wagen waren die Zuneilen und die Koffiere der Künftlerin untergebracht. In der Nacht vom Freitag auf Sonnabend wurde der Wagen gewaltsam erbrochen und sämtliche Zuneilen wurden geraubt. Die Künftlerin teilte einen Bericht von über 30000 Mark vor. Gaby Desbos beklagt am meisten den Verlust eines sehr wertvollen Perlenkollars.

* (Der Vadaepeter Pallos-Affäre) meldet weiter ein Telegramm des A. Z. Durch die Millionenunterstützung des Unternehmers Pallos werden eine große Anzahl Personen, Abgeordnete, Professoren usw. kompro-

mittiert, die sich bei Pallos Geld geliehen hatten. Als zweites Opfer wird die ungarische Handelsgelehrsamkeit genannt, die bei Pallos 2 1/2 Millionen Kronen angelegt hatte. Die Wäiter veröffentlichten Angaben über die wahnwitzige Verschwendungssucht des Schwindlers, der, wie polizeilich festgestellt wurde, im vergangenen Sommer mit etwa zehn Automobilen durch die Straßen Budapests fuhr, in denen sich eine große Anzahl „Damen“ befanden, die aus Pallos Geld lebten.

* (Wohltätige Stiftungen) in Höhe von mehr als einer halben Million Mark hat der verstorbene Geheimrat Angerer, der Gründer der Firma Deindhardt u. Co. in Woblenitz hinterlassen. Es erblieben u. a. die Stadt Koblenz 300.000 Mark zur Unterstützung hilfsbedürftiger Personen und Deamenten; die Arbeiter der Firma Deindhardt u. Co., die länger als fünf Jahre im Betriebe tätig sind, eine sofort auszahlbare Zuwendung von 170.000 Mark; die Volkshochschule der Firma Deindhardt u. Co. 150.000 Mark. Weiter hat der Verstorbenen noch eine große Anzahl von Legaten für ihm persönlich bekannte hilfsbedürftige Personen ausgesetzt.

* (Majennsritze aus der katholischen Kirche.) Aus Hermannstadt in Siebenbürgen wird der „Schl. Zig.“ gemeldet: 220 deutsche Mitglieder der heiligen römisch-katholischen Kirchen-gemeinde haben die Majennsritze aus der katholischen Kirche beschloffen, weil sie unzureichend sind wegen ungenügender Zuzahlung zur Verwaltung der Kirchengemeinde. Dem Siebenbürgener Bischof Grafen Majalat, dem Hermannstädter Dekanaten Bringen Hofen-lob und dem Klosterdirektor Blinski wurde in einer Resolution das Mitgliedern der Verammlung ausgesprochen.

* (Mitteln) Des Vizepräsidenten Bruning in London. Der Kassenbote Wilhelm Bruning der jetzigen Zeit Defraudation von 260.000 Mark geächtet war, ist Dienstag in London eingetroffen und wird in den nächsten Tagen über Hamburg nach Berlin gebracht werden. Unter dem Berliner hat auch Hamburgere Kriminalbeamte nach London gefahren, um Bruning und seinen Helfershelfer Kramel nach Berlin zu überführen.

* (Über den Ausbruch des ersten Schabbieres in Schwabopmund) schreibt die „Südwestdeutsche Zeitung“ in ihrer Nummer vom 21. Dezember: „Das erste Schabbier der heiligen Kronen-Münzerei wurde im „Germania-Hotel“ am 21. Dezember verhaftet. Es ist zu begrüßen, daß es dem unermüdeten und heiligen Herrn Polizeibeamten gelungen ist, mit dem Ausbruch des vorzüglichen Trunkes schon vor dem Weihnachtstische zu beginnen. Über die Feiertage wird das Bier hier weiter ausgegossen. Dieser tolle Ausbruch ist ein beifürwürdiges Ereignis nicht nur für die Provinz, sondern auch für Schwabopmund und das ganze Land; ist es doch gelungen, ein weiteres Stück an die Kette der infamischen Prozeduren anzuhängen, was einen Fortschritt für die Kolonie bedeutet.“

* (Ein neues Feuerlöschsystem in Deutschland.) Die Aktiengesellschaft „Gesamtkontroll- und Schutzpolizei“, deren Direktor der diesjährige Nobelpreisträger Dalen ist, hebt gegenwärtig mit den deutschen leitenden Luftschiffkreisen über die Errichtung eines über ganz Deutschland verteilten Feuerlöschsystems in Verhandlung, das für den Gebrauch für Flieger und Luftschiffe bestimmt ist. Die Anzahl der Feuerlöschstationen ist vorläufig auf 300 festgelegt. Die Hilfe dieser Feuerlöschsysteme können sich Flieger und Luftschiffe in der Nacht sofort orientieren.

Reklameteil.

Advertisement for 'Unsere Marine' cigars. It features a large illustration of a battleship at sea. The text reads: 'überzeugt von ihrer Güte!' and 'Unsere Marine' in large letters. Below that, it says 'die köstliche 2 1/2 Cigarette'. At the bottom, it identifies the manufacturer as 'Georg A. Jasmatzi Act-Ges. Dresden' and 'Größte deutsche Cigarettenfabrik'.

Sie sehen erbaulichwürdig aus, mein Sieber, und ich verheißt nicht, wie man sich so lange mit einem Katarrh herumplagen kann. Von selbst vererben solche Dinge nicht, wohl aber kann man sich die schwersten Erkrankungen mit verdorbenen Katarrhen ausheilen. Wie kann Sie sich Ihre alte Sodener Mineral Wässer. Die sind in ihrem wirksamen Bestandteilen Produkte von Naturgebrauch befindlichen Sodener Gemeindefaunellen, und ungesättigte Kalksalze können Ihnen zeigen, daß Sie Ihre alte Sodener eine ideale Hilfe für Ihren Katarrh sind. Ihre weitere Kenntnisse: Der Name „Sodener“ und weicher Kontrollverfahren mit amtlicher Beteiligung des Bürgermeister-Amtes Bad Sodener a. Z.

Aussagen für Merseburg.
Für diesen Teil übernimmt die Redaktion den Publikums gegen über keine Verantwortung.

Ausschreibung!
Die Ausführung der Abbruchs- Maurer- und Zimmerarbeiten sowie die Lieferung von Kies, Sand, Kalk, Zement, Sand- und Mergelstein für den Umbau des **Poststellers Gebäudes** soll an leistungsfähige Unternehmer in einem Wofe vergeben werden.

Die Bedingungenunterlagen u. Zeichnungen liegen vom 23. Jan. d. J. im Wandbureau der Bau-Deputation zur Einsicht aus. Erfrägere können dieselbe gegen Zahlung von 3.00 Mkt. entnommen werden. Die Angebote, für deren Ausführung nichts vergütet wird, sind verschlossen mit entpöndel der Aufschrift versehen unter Beifügung von Materialkostenpro- porto- und Bestellgeldbrief bis zum **Montag den 3. Februar d. J. mittags 12 Uhr** der unterzeichneten Bau-Deputation einzureichen, wo selbst zu dieser Zeit die Eröffnung der Angebote in Gegenwart der etwa erschienenen Bewerber, beglaubigten Bevollmächtigten erfolgt wird. Die Entscheidung über den Zuschlag erfolgt bestimmt innerhalb 4 Wochen.

Verpätet eingeangene und ungenügend ausgefüllte Angebote bleiben unberücksichtigt. Die Auswahl unter den Bewerbern oder die Ablehnung sämtlicher Angebote bleibt ausdrücklich vorbehalten.

Merseburg, den 20. Jan. 1913.
Die Bau-Deputation.

Ans Anlaß des Geburtstages Sr. Maj. des Kaisers fällt die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am 27. Januar 1913 aus.
Merseburg, den 22. Jan. 1913.
Der Stadtverordneten-Vorsteher

Im Auftrage des Verwalters der Emil Reindischen Kontursmasse sollen
am Sonnabend, 1. Febr., vormittags 11 1/4 Uhr

in meinem Büro, Markt 31, 3/4 Merseburg folgende Rechte gegen Darzahlung versteigert werden:

1. Die Forderung des Emil Reinde an die Sparkasse des Kreises Querfurt v. 6000 Mkt. an welcher der 67 Jähr. Witwe Bereske Reinde der lebens- längliche Anspruchsrecht und ohne deren Zustimmung keine Abhebung oder sonstige Verfügung über das Kapital getroffen werden kann. Das Mindestgebot ist auf 2000 Mkt. festgesetzt.
 2. Das Recht des Reinde, die Zinsen der Einlagebücher Nr. 7080 und 7081 der Querfurter Kreispartasse über je 1000 Mkt. bis ein Jahr nach dem Tode der Witwe Reinde zu ziehen. Mindestgebot für jedes Binsrecht 60 Mkt.
- Zustatrat Scholz, Notar

Weiße Mauer ist eine große herrschaftliche Wohnung ev. mit Herdofen zu verm. Näheres im Hofe, rechts.

Blumenthalstr. 12
sind 2 Wohnungen, Barriere und 2 Etage, best. aus je 3 Zimmern, Küche u. reichlichem Zubehör, zu vermieten. Näheres zu erfragen **Blumenthalstr. 12 II.**

Wohnung,
Noter Widemann 15, parterre, 3 größere, 1 kl. Zimmer, Küche mit Zubehör, sofort zu vermieten und 1. April zu beziehen.
Zu erfragen Eisenbahnstr. 3, im Kontor. **Gedr. Graul.**

1 Wohnung für 520 Mkt. per sofort und 1 Wohnung für 220 Mkt. per 1. April zu vermieten
Globigauer Str. 16a.

1. 4. 18 zu beziehen.
1. Etage zu erfragen **Friedrichstr. 20, part.**

2. Etage Eidenstr. 13.
Zimmer mit Zubehör, Balkon, Bad, Gas, zu vermieten und 1. April d. J. zu beziehen.

Guthe in der Friedrich- oder Langhüterer Straße eine Barriere Wohnung zum 1. 4. oder 1. 7. für den Preis von 300 bis 400 Mkt. zu mieten. Bitte Offert. u. **K L 7** an die Exped. d. Bl.

Am Dienstag abend entschlief plötzlich und unerwartet mein lieber, unvergeßlicher Mann, unser guter Vater, Sohn, Bruder und Schwager, der Uhrmacher

Otto Sadelkow

im 30. Lebensjahre.
Um stilles Beileid bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
Merseburg, den 23. Januar 1913.
Die Zeit der Beerdigung wird noch bekannt gegeben.

Nachruf.

Am Dienstag abend entschlief nach schwerem Leiden unser Vereinsbote

Herr Karl Schmieder.

Er hat sein Amt 27 Jahre verwaltet in Treue, Pflicht und Zuverlässigkeit, wofür der Verein ihm ein ehrendes, dankbares Gedächtnis über sein Grab hinaus bewahren wird.

Merseburg, den 22. Januar 1913.

Der Vorstand der Fleischergesellen-Bruderschaft.



Krieffel-Gänse Seberwürst
empfiehlt
Karl Kellermann, Fleischermstr.

Empfehle:
Schweinefleisch,
fr. Würst, Zerkelwürst
und Knadwürst.
G. Wilmann, Wofherdstr. 20

Emalleschilder in allen Größen.

Wegen der Feier des Geburtstages Sr. Maj. des Kaisers
bleiben unsere Kassen am
Montag den 27. Januar geschlossen.

Mitteldeutsche Privat-Bank,
Aktiengesellschaft
Zweigniederlassung Merseburg.

Die
Buchdruckerei von Th. Rössner
empfiehlt sich zur Anfertigung von

Visitenkarten	Geschäftsbriefen
Verlobungskarten	und Umschlägen
und -Briefen	Rechnungen
Glückwunschkarten	Formularen
Trauerkarten	Programmen
und -Briefen	Werken und
Geschäftskarten	Zeitungsbilagen

in geschmackvoller Ausführung zu soliden Preisen.
Muster zu Diensten. Schnellste Lieferung.

Im Forsthaus z. Rottleberode b. Stolberg (Südharz) finden z. 1. April gebild. junge Mädchen herz. Aufnahme zur Erlernung des Haushaltes und Kräftigung der Gesundheit. Pension jährlich 750 Mkt., halbjährlich 380 Mkt. I. R.-forenden.
Frau H. Bornhard.

Junge Leute suchen Wohnung zum 1. April (2 Stub., Kammer und Küche). Off. in Preisang. u. **F R 10** an die Exped. d. Bl.

Meine, ruhige Familie (zwei größere Kinder) **sucht Wohnung** bis 270 Mkt. zum 1. April. Off. unter **F 25** an die Exp. d. Bl.

Freundl. möbl. Zimmer zu vermieten Langhüterer Str. 23.

Laden
sofort zu vermieten Hofmarkt 2.

Eine Wertstatt oder Niederlage zu vermieten **Wagnerstraße 6.**

1 Kaffelmashine sehr neu (gebrandt) leicht preis wert zu verkaufen **Breite Str. 22**

2 schöne Hausfabren preiswert zu verkaufen. Näheres **Christiansstr. 5, dt.**

Blüthner-Piano,
wie neu für M. 500.— zu verkaufen **H. B. 11, Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 33/34.**

1 Paar Läuferchweine für d zu verkaufen **Waisenstr. 13**

1 Paar Läuferchweine sind zu verkaufen **Wiesen 1.**

1 jungen Deutschen Schäferhund verkauft **Gümbel, Frankleben, Wahnbofstr.**

junger Zughund ist zu verkaufen **Breite Straße 20.**

Strümpfstricken wird ange nommen **Breite Str. 8, 2 Tr.**

Gb. Männer- und Junglings-Verein.

Haupt-Versammlung
1. Geschäftliches: Vorstandswahl, Rechnungslegung.
2. Kaffeezer.
Der Vorstand. **Worther P.**

Treibnäh.
Montag, den 27. Jan., abends 7 1/2 Uhr ladet zur

feier des Geburtstages Sr. Maj. Kaiser **Wilhelms II**

bestehend in
Theater und Ball

rgabenst ein
Der **Militärverein Trebnitz**,
Geybau-Wühnenentsch.

Reipfisch.
Der Landwehverein ladet zur

feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers
Sonntag, den 26. Januar, ab. abds 7 1/2 Uhr freundlich ein.
Der Vorstand.

Preuss. Beamtenverein.
Bor-Feier

des Geburtstages Sr. Maj. des Kaisers und Königs
Sonabend den 26. Januar 1913, abends 7 1/2 Uhr, im Saale des „Zwoll“.
Der Vorstand.

Ältester Krieger-Verein.
zur **Borfeier**

des Geburtstages Sr. Maj. des Kaisers und Königs Sonntag, den 26. Januar 1913, abends 8 Uhr im Saale des „Strandhüschchen“.

Theater u. Tänzen.
Nachmittags von 3 Uhr ab
Tänzen u. Musikstücke.
Das Direktorium.

Merseburg. Reichskrone.

Welt-Panorama

Offt-Züringen.
Saale und Schwaratal.
Eine schöne Reise.

Allemannia

hält Sonntag den 26. Januar, von nachm. 3 u. abds. 8 Uhr an, seinen

Käpselabend
in Meuschau
(Schmidts Gasthaus) ab. Sport- freunde und Gäste find herzlich willkommen
Der Vorstand.

Hubolds Restauration
Heute **Schlachtfest.**

Marlins Restaurant.
Sonabend **Schlachtfest.**

Allerik, Antshäuf 17
Freitag **Schlachtfest.**

Richard Leber, Neumarkt 45.
Für einige Stunden des Tags oder Abends ein herr zur Er- abingung des Zuschüfung gesucht. Best. Offerten unter **C H** an die Exped. d. Bl.

Verb. Anecht
per 1. April gesucht
A. Werthold, Wösten.

50 bis 60
Säuer- und Förder-Leute
sof. gesucht Wohnungen vorband. Umzugskosten werden vergütet.

B. Quercirch, Nibersleben
(a. d. Vode).

Bäckerlehrling findet Oftern 1913
sehr gute Lehrzeit. Gute Be- handlung. Günst. Ausbildung. **Härderei u. Kondit. Alfred Demmig, Weingüßl., Stadtr. 8.**

Für meine Kolonialwaren- u. Delikatess-Handlung suche zu Oftern einen

Lehrling
unter günstigen Bedingungen
Emil Wolff, Hofmarkt.

Für meine Schreibwaren- handlung suche ich zu Oftern

einen **Lehrling.**
Franz Seyffert,
Kleine Wösterstr.

1 Schuhmacherehrling
sucht zu Oftern
H. Wunth, Eichenstr. 9.

Barbierlehrling
von adäbaren Eltern sucht für Oftern Albert Faust, Friseur und Deagengehilfe, **Wösten**, am Wahnbof Nibersleben.

Kräftiges junges Mädchen
sofort gesucht
Merseburger Baupfisthölerei und **Mütterli, Meudauer Str. 3.**

1 taub. fleiß. Dienstmädchen
zum Antritt am 1. April gesucht. Aufwartung vorhanden. Zu erfr. in der Exped. d. Bl.

Junges Mädchen als
„Aufwartung“
sofort neuamt **Hofmarkt 1, r.**

Schwärzer Schäferhund, gelbe
Weiße, Oftern halb gelb u. schwarz, angelassen. Abgehoben bei **H. Wische, Geyhofstr. 13, Neumarkt.**

Korrespondent

Preis vierteljährlich 1 Mk., monatlich 35 Pf.
Anzeigenpreis: 20 Pf. im Restemerk 40 Pf. bei Bezahlung des Anzeigens
Gebühren für Verordnungen nach Bedarf. Bei Bezahlung des Anzeigens
bestehender Preis: 10 Pf. bei Bezahlung des Anzeigens
Anzeigen bis 10 Uhr des Vormittags bis 10 Uhr des Abends

Wöchentliche Gratisbeilage:
8seitig. Illustr. Unterhaltungsblatt
im neusten. Romanen und Novellen.
4seit. landwirtsch. u. handelsch.
mit neuesten Marktnotierungen

Anzeigenpreis: 20 Pf. im Restemerk 40 Pf. bei Bezahlung des Anzeigens
Gebühren für Verordnungen nach Bedarf. Bei Bezahlung des Anzeigens
bestehender Preis: 10 Pf. bei Bezahlung des Anzeigens
Anzeigen bis 10 Uhr des Vormittags bis 10 Uhr des Abends

Nr. 20

Freitag den 24. Januar 1913.

39. Jahrg.

Innere Kolonisation in Stadt und Staat.

Dem preussischen Landtag ist das Verzeichnis der in den Jahren 1912 und 1913 zur Neuverpachtung gelangten Domänen zugegangen, das im wesentlichen als ein Verzeichnis der verpachteten Gelegeten für innere Kolonisation bezeichnet werden muß. Dagegen von großen Domänen werden wieder auf 18-24 Jahre im Großbetriebe verpachtet und damit für die Dauer des Pachtvertrages der Aufzucht zu Bauernland entzogen. Selbst Prof. Sering hat im Landesökonomikongress der Landwirtschaftsverwaltung unterbündelt den Wunsch gemacht, daß sie seit Jahrzehnten wohl mit schönen Worten für die innere Kolonisation eintrete, in der Praxis aber verjage. Er hat dort dargelegt, welche tiefsichtige Kulturarbeit Großbritannien darin in dem letzten Jahrzehnt in Irland mit einem Kostenaufwand von 2 Milliarden Mark geleistet hat; wie Kautler d seit der Revolution rund 10 Millionen Hektar Land zu Bauern stellen aufgeteilt hat und in immer steigendem Maße damit fortfährt. Wie dagegen bei uns der Domänenbesitz und noch mehr die fideikommissarische Bindung des Großgrundbesitzes ständig wächst!

Wie bisher in dieser Richtung verfahren wird, zeigt ein Beispiel aus dem Regierungsbezirk Straßburg, wo das Bauernleben in 18. Jahrhundert am schärfsten betriebe worden ist, wo sich auch die Sittungen und Stadtmehrer, u. a. die Akademie (heute Universität) Straßburg befinden. Heute sind darüber im dortigen Regierungsbezirk noch über 72 Prozent der landwirtschaftlich benutzten Fläche Grundbesitz.

Der frühere konservative Bürgermeister Greifswald mußte unter Rückenbedeckung durch den damaligen Regierungspräsidenten die Absicht der städtischen Behörden, die Aufzucht ihrer Güter einzulassen, zu hintertreiben. Er hat sich dadurch dort unmöglich gemacht, und unter seinem Nachfolger wird jetzt energisch mit der Parzellierung vorgegangen. Das 482 Hektar große Gut Praetow gelangt zurzeit zur Aufzucht; dann soll die Stadterweiterung, soweit sie nicht für die Erweiterung der Stadt in Betracht kommt, vorgenommen werden; aber freilich, sie ist nicht im Kleinbesitz der Stadt, eine komplizierte Parzellierung und der Versuch der nicht-möglichen Parzellierung.

schon im Ministerium, sondern dem Kultusminister. Aber namens des preussischen Gesamtministeriums hat der Ministerpräsident von Bethmann Hollweg eine großartige innere Kolonisation als notwendigste Aufgabe der inneren Politik erklärt.

Man wird ja bald sehen, ob das ernst sein sollte oder ein bloßes Popel, „mit dem man entfällt, wenn es schreit, das Volk, den großen Vimmel“.

Wenn man in der Politik der verpachteten Gelegenheiten mit der Schöpfung von Kleingrundbesitz im bisherigen Tempo fortfährt, so dürfte sich die Warnung des konservativen Prof. Sering erfüllen, daß die Möglichkeit zur inneren Kolonisation bald nicht mehr gegeben sein wird.

Wie wir hören, hat auch der bekannte Rittergutsbesitzer v. d. Eder-Barmannshagen die Aufzucht seines Viegenamtes, im Kreise Stimmen gelegenen Gütes in die Wege geleitet. Wo Stadtverwaltung und liberaler Grundbesitzer gehen in der inneren Kolonisation voran. Bescheidene Anfrage: Wo bleibt der Staat?

Preußen gegen das Reich.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht die „Münch. Neue Nachr.“ eine Berliner Zeitschrift, in der mitgeteilt wird, daß das Reichswohnungs-gesetz an dem Widerspruch Preußens gescheitert sei. Dem Münchener Blatt wird geschrieben:

Der Reichstag hat im vorigen Frühling einstimmig dem Antrag seiner Kommission zugestimmt, der Reichstanzler möge eine reichsgesetzliche Regelung der Wohnungsfrage auf bestimmten Gebieten (Wohnungsinspektion, Wohnungskantler, Erbbaurecht usw.) in Angriff nehmen und gleichzeitig bei den Bundesstaaten anregen, ihrerseits in der Wohnungsfrage vorzugehen. Jüngst gab ein Vertreter des Reichsamts des Innern in der Reichstagskommission auf eine Anfrage eine Auskunft, die klar erkennen ließ, daß in der Reichsregierung der erste Wille besteht, der Aufzucht des Reichstages, die von allen Parteien einstimmig erhoben worden ist, nachzukommen. Der Regierungsvertreter fügte allerdings noch hinzu, daß die Verhandlungen zwischen den Bundesstaaten noch fortwähren. Man hat aber Preußen sein Veto eingelegt, und zwar dem Vernehmen nach auf Veranlassung des Ministers des Innern von Dallwitz, der bekanntlich vom „Kavalierellen“ über den Ministerpräsidenten in Anhalt zum Chef der inneren Verwaltung in Preußen avanciert ist.

Durch Äußerungen des Staatsministers und Staatssekretärs Delbrück klug, so bracht das Münchener Blatt, erst jüngst bei einem anderen Anlaß eine Klage hindurch, daß die preussische Regierung manche Pläne und Wünsche der Reichsregierung (einheitliche Wahlen, d. Med.) zu hemmen oder zu vereiteln wisse. Der neueste Fall ist aber besonders bezeichnend: Der Reichstag will ein Reichswohnungs-gesetz, der Reichstanzler beauftragt das Reichsamt des Innern mit dieser Aufgabe, im preussischen Staatsministerium aber legt es der Minister des Innern gegen den Ministerpräsidenten v. Bethmann Hollweg und den Staatssekretär des Innern Delbrück durch, daß Preußen ein Veto einlegte.

In der Budgetkommission des Reichstages wurde am Dienstag die Frage der Wohnungsreform und eines Reichswohnungs-gesetzes verhandelt. Es handelt sich in der Hauptsache um den Kleingrundbesitz. Im Staat werden 4 Millionen als Darlehen des Reiches angefordert. Ein Antrag des Abg. W. um will die Summe angemessen erhöhen, der Zentrumsbis. Jäger will es lieber bei 4 Millionen belassen, statt dessen aber einen Betrag einstellen für die Aufzucht des Reiches für zweite Hypotheken, nach österreichischem Muster. Das Reich habe bis jetzt 40 Millionen Darlehen für Wohnungsbauten gegeben, ohne dabei nennenswerte Verluste zu erleiden. Die Finanzbewirtschaftungsanstalten haben über 800 Millionen in Darlehen auf Bauten verwendet, ebenfalls ohne irgend einen nennenswerten Schaden. Erfahrungen seien also zur Genüge gesammelt und es handle sich nur um geringe Fonds für die Aufzucht; es genüge zunächst, 1.000.000 Mk. einzustellen, Ministerial-

direktor Delbrück erklärte, daß die Reichsverwaltung bereits ähnliches erwogen. Der Staatssekretär des Innern habe beim Reichsdarlehensamt Geld für derartige Hypotheken mit langjähriger Frist angefordert. Es ergaben sich aber keine Schwierigkeiten, Summen in den Staat einzubringen. Die Voraussetzungen für ein neues Gesetz seien, worüber die Verhandlungen schwebten. Abg. W. um beantragte, wie im Jahre 1914 den Betrag zur Förderung des Kleingrundbesitzes auf fünf Millionen zu erhöhen. Die Sozialdemokraten unterließen die Anregung Jägers. Einer ihrer Redner sagte, was die Reichsregierung auf dem Gebiete der Wohnungsfrage zu tun gedenke, würden in der Wohnungskommission für den Reichstag im Dezember schon erklärt werden soll, daß entscheidende Beschlüsse unmittelbar bevorstünden.

Hierauf gab Staatssekretär Dr. Delbrück folgende Erklärung ab: er bleibe auf seinem früheren Standpunkt, daß die Wohnungs-gesetzgebung den Bundesstaaten vorbehalten bleiben solle. Zwischen beiden auf Vorlage des Reiches die Bundesstaaten in der Erwägung der Möglichkeit erklärt, daß sie sich dem Eingreifen der Reichs-gesetzgebung auf diesem Gebiete widersetzen müßten. Er habe erwogen, ob man wenigstens allgemeine Bestimmungen etwa der Wohnungsaufsicht reichsgesetzlich festlegen solle, und dann andere Teile dem Bundesrat überlassen könne. Aber bei dem Verlust, eine solche Regelung der Gesetzgebung für das Reich zu verlieren, sei nichts als Sentiment für das Reich übrig geblieben. Der Verlust würde nicht betrieblid. Nach alledem halte er es für ausrichtlos, auf dem Gebiet der Wohnungsreform reichsgesetzlich vorzugehen. Damit sei aber nicht gesagt, daß man die Wohnungsreform überhaupt vom Reich wegen gar nichts tun könne. Wohlthatenübernahme für Hypotheken im großen Betrage, bei denen über den Bau von Kleingrundbesitz mit geringen Mitteln noch in größerem Umfange geleistet werden. Es habe sich noch nicht die Möglichkeit feststellen lassen, wie das im einzelnen aussehen würde, er hoffe aber, bis zum Herbst die Grundfragen dafür vorliegen zu können.

Von politischer Seite wurde die finanzielle Ausgestaltung des Fonds für Kleingrundbesitz im Sinne der Anregungen Jägers befürwortet. Ein Zentrumsführer der drücklichen Arbeiter erklärte, er habe bereits in Frankfurt auf der Wohnungskommission der Anregungen seines Fraktionsgenossen Dr. Jägers bestimmte Bedenken entgegengebracht. Es sei schon über, im Rahmen einer Wohnungsbau- und Baugesellschaft gewillenshaft durchzuführen. Die Sache ließe sich nicht ohne Kontrolle der Einzelstaaten durchführen, die dabei finanziell interessiert werden müßten. Am allerbesten wäre es, die Versicherungsanstalten könnten sich für die Kreditgewährung einsetzen. Aber auch die Gemeinden müßten ihre Schuldenlast tun. Da habe es nicht so sehr an Geld, sondern an Einsicht und gutem Willen. In Düsseldorf habe beispielsweise der neue Oberbürgermeister die Bürgerschaft für die Baulage der Landesversicherungsanstalt durchgedrückt. Nachher habe man aber erkannt, daß man, wenn man einmal die Bürgerschaft übernehme, auch die Gelder selbst gleich vergeben könne, um dadurch Einsicht auf die Baumaße zu gewinnen. Die Stadt Düsseldorf 20 Millionen Mark aufgenommen, die Versicherungsanstalt werde nur noch ein Drittel ihrer früheren Summe mit herzugeben brauchen, und es sei viel Vorbildliches geschaffen. Man sollte im Reichsamt des Innern eine Konferenz mit sachverständigen Vertretern der Versicherungsanstalten abhalten, um ihre Ansichten über die Schaffung und die Ausgabe eines Darlehensfonds zu hören. Jedenfalls dürften die Gelder nicht den Baugesellschaften allein zugute kommen. Ein sozialdemokratischer Kommissionenmitglied erklärte, daß die Einrichtungen des Staatssekretärs traurige Ansichten für die Reichswohnungsreform böten. Man schiede die Ausführung der Bundesstaaten von demgegenüber müßte doch überlegt werden, ob nicht durch ein Wohnungs-gesetz noch in dieser Session eine Einigung auf die Bundesstaaten ausgeht werden kann. Allerdings die Forderung, daß ein solches Rahmengesetz Annahme finde, sei nach den Darlegungen des Staatssekretärs gering. Übrigens dürfe man nicht allein über Verhandlungsfähigkeit der Gemeinden klagen, sondern ebenso sehr über die Verhandlungsfähigkeit der Behörden. Die Sache sei eine wichtige, die man nicht aufgeben dürfe, weil die meisten ihrer Bewohner Sozialdemokraten seien, weil man die Sorge um Geld aus Reichsmitteln. Man verziehe den Beamten, dort zu wohnen und erkläre nachher, man könne kein Geld geben, weil keine Beamten dort unter den Wintern seien.

Hierauf nahm Staatssekretär Dr. Delbrück noch einmal, auf einer Erklärung des Reichstages. Es habe ihm die Möglichkeit gegeben, die Wohnungsreform auf Preußen zu übertragen, in anderen Bundesrat abzugeben. Was Preußen betrafte, so erkläre er und könne das eine versprechen: wenn Preußen nicht bis zum Herbst dieses Jahres einen Wohnungs-gesetzentwurf vorlegt, werde er sich dafür einsetzen, daß

